

---

Aus der Arena

# Das grosse Lichterlöschen mit Furrerhugi und Co.

Wie Parteien, Verbände und Lobbys Ängste vor einem totalen Stromausfall schüren. Und damit dem Klimaschutz schaden.

Von [Elia Blülle](#), 17.02.2022, Update um 20.30 Uhr

Das Internet: tot. Die Städte: dunkel. Die Fabriken: still. Geht es nach der PR-Agentur Furrerhugi, könnten solche Szenarien bald Realität sein. Es drohe ein «Blackout», warnte das einflussreiche Lobbybüro jüngst. Bald will es deshalb eine «Sensibilisierungskampagne» starten, bezahlt von diversen Interessengruppen – umgesetzt von Furrerhugi selbst. Natürlich.

Offerierter Preis für eine erste Projektphase: 300'000 Franken.

Das geht aus einem Papier von Furrerhugi hervor, das der Republik vorliegt. Furrerhugi stellte es Ende Januar bei einer Präsentation vor, zu der Energiefirmen und Wirtschaftsfachverbände eingeladen waren, die künftig auf Initiative von Furrerhugi eine «Allianz für Versorgungssicherheit» bilden sollen.

Laut «NZZ am Sonntag», die bereits vor zwei Wochen über das Treffen berichtete, war auch Renato Tami vor Ort. Er war bis letzten Oktober Geschäftsführer der Eidgenössischen Elektrizitätskommission Elcom, die im Herbst wiederholt vor Stromknappheit gewarnt hatte.

Furrerhugi will seinen Kunden für viel Geld eine Blackout-Kampagne andrehen. Unter anderem möchte die Agentur mit Propagandafilmen die Bevölkerung aufrütteln. Werbeclips sollen gemäss Offerte zeigen, wie in Fussballstadien die Flutlichter ausgehen. Die von Furrerhugi vorgeschlagene Überschrift: «Reden wir darüber, bevor alles stillsteht.»

Ferner soll die «Allianz für Versorgungssicherheit» mit einer Umfrage vom Meinungsforschungsinstitut Sotomo lanciert werden, bei der es um die Frage geht: Wo liegen die Prioritäten bei der Bevölkerung in der Energie- und Klimadebatte? Journalistinnen würden in der Kampagne «proaktiv» angegangen – für «investigative Recherchen» und «Hintergrundgespräche». Furrerhugi will damit öffentliche «Narrative ändern».

Das schreibt die Agentur in ihrer präsentierten Offerte. Sie möchte aufzeigen, «dass die Versorgungssicherheit und der Klimaschutz derzeit die höchste Priorität haben». Die PR-Firma hat offenbar in der Klimakrise einen neuen Business-Case gefunden. Warum aber ist es für die Lobbyisten gerade jetzt so lukrativ, an die Debatte um die Versorgungssicherheit anzudocken?

Die Antwort darauf gibt Furrerhugi gleich selbst. Es gehe darum, Deutungshoheit zu erlangen, schreibt die Agentur in ihrem Papier. Alle Parteien würden versuchen, sich vor den Wahlen 2023 in der Energiepolitik zu positio-

nieren. Wer sich in der Debatte erfolgreich behauptet, gewinnt neue Sitze im Bundeshaus.

Kommt hinzu: Mit der Energiewende lässt sich viel Geld verdienen. In welche Firmen und Technologien es künftig fließt, entscheidet nicht allein der Markt, sondern vor allem auch die Politik.

Politisch ist in der Debatte um die Versorgungssicherheit für alle etwas dabei: Die Ökoparteien können ihre Solarprogramme bewerben, die FDP lanciert die Atomkraft neu und die SVP kann ihre «vernünftige» Energiepolitik wiederbeleben, ohne sich zur Klimakrise verhalten zu müssen. Sie will – «wie in Kriegszeiten» – einen «Stromgeneral» einsetzen, der «einen bevorstehenden Stromkollaps in zwei bis drei Jahren» verhindern soll.

Die Blackout-Erzählung ist ein brillanter Propagandatricks. Sie überschattet die Gefährlichkeit der Erderwärmung. Seit 30 Jahren führen Klimaskeptiker und Fossilkonzerne die drohende «Stromlücke» gegen den Ausbau von erneuerbaren Energien an. Das immer gleiche Prinzip: Bekämpfe die latente Angst vor der Klimakrise mit der unmittelbaren Angst vor einem Stromausfall.

Wie gut die Strategie bereits wirkt, zeigte sich in den ersten Wochen des neuen Jahres: In den Medien (und vor allem in Medien) streiten sich Politikerinnen plötzlich über neue Kernkraftwerke, obwohl deren Neubau gesetzlich verboten ist und die Nuklearenergie in absehbarer Zeit weder die Versorgungssicherheit noch die Dekarbonisierung vorantreiben würde.

Vor 2050 – bis dahin will der Bundesrat unter dem Strich kein CO<sub>2</sub> mehr ausstossen – wird die Schweiz kaum einen neuen Atommeiler anwerfen.

Ein weiteres Indiz für den verschobenen Fokus: Statt sich intensiv darüber zu unterhalten, wie erneuerbare Energien massiv ausgebaut werden könnten, dreht sich der Diskurs seit einigen Wochen um neue Gaskraftwerke für Ausnahmefälle. Deren Lobby preist Erdgas als klimafreundlichen Energieträger an, obwohl durch die Rohre noch immer zu 99 Prozent fossiles Gas fließt, das hierzulande rund einen Fünftel der energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortet.

Ob ein totaler Stromausfall, wie ihn Furrerhugi und Co. propagieren, aber überhaupt realistisch ist, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Klar ist: Die Schweiz hat sich in eine vertrackte Lage manövriert – auch weil sie gleichzeitig mit dem Rahmenabkommen das wichtige Stromabkommen mit der Europäischen Union beerdigt hat: Ab 2025 verlangt die EU von ihren Mitgliedsstaaten, dass sie mindestens 70 Prozent ihrer Stromkapazität für den Handel zwischen EU-Ländern reservieren. Wird im Ausland der Strom knapp, dürfte er streng nach Gesetz nicht mehr in die Schweiz verkauft werden.

Die neueste Elcom-Studie schliesst deshalb ab 2025 eine Mangellage in einer «besonders schwierigen Stresssituation» nicht aus, hält das aber für «eher unwahrscheinlich».

Konkret: Sollten beide Atomreaktoren in Beznau sowie ein Drittel der französischen Kernkraftwerke ausfallen, könnte der Schweiz in den späten Winterwochen während 47 Stunden der Strom ausgehen.

Aber nur, falls die EU ihre neue 70-Prozent-Regel auch wirklich durchsetzt.

Und das ist unwahrscheinlich.

Denn an einem Schweizer Stromausfall ist in der EU niemand interessiert. Kein Land hängt so stark an seinem Stromnetz wie die Schweiz. Wir sind gegenseitig voneinander abhängig: Kommt es hier zu einer Störung, würden auch in den EU-Nachbarregionen die Lichter ausgehen. Die Netze sind verwoben.

Schon jetzt ist klar: Verfängt die Erzählung über den angeblichen Stromkollaps, dürften die Erdölindustrie und ihre Sympathisantinnen neue Klimagesetze bald noch vehementer mit dem Thema «Blackout» bekämpfen als bisher. Künftig werden alle Vorschläge zum Ausbau von erneuerbaren Energien mit dem Verweis auf die drohende «Stromlücke» torpediert.

Und die am Klimaschutz interessierten Lobbys und Unternehmen – dazu gehören auch Kunden von Furrerhugi –, die sich auf die übersteuerte Versorgungsdebatte einlassen und sie befeuern, werden sich am Schluss mit jener Lösung zufriedengeben müssen, die niemand wirklich wollen kann: keiner Lösung.

Präzisierung: In einer früheren Fassung haben wir nicht angegeben, wie lange in der Schweiz in den späten Winterwochen der Strom ausginge, wenn beide Atomreaktoren in Beznau sowie ein Drittel der französischen Kernkraftwerke ausfallen würden. Das haben wir nun nachgeführt: Es sind 47 Stunden.